



EMA

Euro-Mediterranean Association  
for Cooperation and Development e.V.

المنظمة الأورومتوسطية للتعاون والتنمية

Heike Hahn

## Zehn Forderungen des BDI an die Union für das Mittelmeer

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) verbindet in seinem Positionspapier hoffnungsvolle Erwartungen mit der Schaffung der „Union für das Mittelmeer“ im Rahmen des Barcelona-Prozesses. Er sieht weitreichende Potenziale in der Region um das Mittelmeer und möchte seine Wirtschaftsbeziehungen dorthin ausbauen und stärken. Besonders die nichteuropäischen Anrainerstaaten im Nahen Osten und Nordafrika ziehen die Aufmerksamkeit des BDI an. Dort warten auf die deutsche Industrie interessante Märkte, welche jedoch laut des BDI reformbedürftig erscheinen. Erst wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Standards der Europäischen Union angeglichen werden, könne dort auch der deutsche Außenhandel ausgeweitet werden. Um dies zu erreichen, stellt der BDI zehn Forderungen, auf die die deutsche und europäische Politik mit Hilfe der Union für das Mittelmeer hinwirken sollte. Im Fokus stehen dabei vor allem eine liberalere Wirtschaftspolitik im Handel, bei Investitionen und Dienstleistungen sowie ein besserer Schutz von geistigem Eigentum. Die zehn Forderungen des BDI gestalten sich im Detail wie folgt:

1. Um Projekte erfolgreich und ihre Ergebnisse nachhaltig umsetzen zu können, ist es nötig, regionale Unterschiede der Länder bei der Planung zu berücksichtigen. Dabei sollte laut BDI besonders auf Wirtschaftskennzahlen geachtet werden, die durch das hohe Bevölkerungswachstum, die relativ geringe Wirtschaftskraft, die stark schwankenden Verbraucherpreise und das Defizit in der Außenwirtschaft der Länder geprägt sind.
2. Das Sekretariat der Union für das Mittelmeer sollte breite Kompetenzen erhalten, um unbürokratisch, sparsam und effektiv arbeiten zu können. Die Ziele der Union könnten nur erreicht werden, wenn die Union selbst über starke Strukturen verfügt, sowie politisch und technisch von internationalen Standards geleitet wird. Die EU-Kommission sollte dabei eine koordinierende Rolle übernehmen.
3. Die Privatwirtschaft sollte stärker in die Projekte der Union für das Mittelmeer mit einbezogen werden. Die Initiativen zur Verbesserung der Wasserqualität im Mittelmeer, zum Autobahnbau, zum Seetransport und zur Solarenergie dienen hierbei als gute Anregungen.
4. Der Zugang zu potenziellen Projekten sollte für die Wirtschaft transparent und offen sein, wobei das Sekretariat als Plattform dienen könnte. Die Vergabe von Aufträgen sollte nach den anerkannten Standards der EU ablaufen.
5. Die Region im Süden und Osten des Mittelmeeres sollte nach Ansicht des BDI von weiteren Finanzflüssen profitieren. Die Verteilung neuer Mittel sollte jedoch stetig in enger Abstimmung zwischen den Akteuren in der Region koordiniert werden. Die Schaffung einer Förderbank für diese Aufgaben sieht der BDI als nicht notwendig an.
6. Der BDI spricht sich für einen weiteren Abbau von Handelsschranken aus, um einen höheren Warenaustausch zwischen europäischen und nichteuropäischen Partnern zu erreichen. Er verweist in seinem Positionspapier dabei vor allem auf die Überprüfung des Agrarhandels.
7. Großer Wert sollte laut BDI auch auf einen freieren Warenverkehr innerhalb der nichteuropäischen Länder am Mittelmeer gelegt werden. Besonders Nordafrika besitzt einen kaum erschlossenen Regionalmarkt. Beispielfhaft ist hierbei das Freihandelsabkommen von Agadir, welches zwischen Tunesien, Marokko, Jordanien und Ägypten abgeschlossen wurde und die Attraktivität der Wirtschaftsregion deutlich gesteigert hat.
8. Damit sich für die deutsche und europäische Wirtschaft Investitionen in der



EMA

Euro-Mediterranean Association  
for Cooperation and Development e.V.

المنظمة الأوروبية للتعاون والتنمية

nichteuropäischen Mittelmeerregion lohnen, müssen die dortigen Rahmenbedingungen verbessert werden. Hierbei spielt besonders eine Reform des Investitionsrechts eine Rolle. Schließlich sollten wechselseitige, fair ausgestaltete Wirtschaftsbeziehungen das Ziel aller Mitgliedsländer in der Union für das Mittelmeer sein. Um nachhaltig und erfolgreich zu sein, ist eine politische und gesamtwirtschaftliche Stabilität in der Mittelmeerregion notwendig. Diese kann nur durch Strukturreformen, Marktöffnung, Privatisierung und Entbürokratisierung sowie einem modernen Finanzsektor gesichert werden.

9. Um auf dem globalen Markt erfolgreich zu sein, ist es nötig, Forschung und Bildung in der südlichen und östlichen Mittelmeerregion zu intensivieren und Berufsbildungssysteme auszubauen. Dazu ist eine Teilhabe an europäischen Programmen in diesen Bereichen wünschenswert, um in der Folge eine Europa-Mittelmeer-Universität mit internationalen Abschlüssen einrichten zu können.

10. Im letzten Punkt stellt der BDI nochmals das partnerschaftliche Vorgehen der Mitgliedsländer in den Vordergrund. Die Länder am Mittelmeer, im Nahen Osten und Nordafrika, sollten aktiv in die globale Wirtschaft einbezogen werden. Um dies vollständig realisieren zu können, empfiehlt der BDI die Aufnahme aller nichteuropäischen Partnerländer in die WTO, um gleiche Bedingungen bei Rechten und Pflichten zu schaffen. Längerfristig erscheint es dabei für den BDI hilfreich, die nichteuropäischen Partnerländer an die Standards der OECD heranzuführen.

Nähere Informationen inkl. Grafiken:

- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): Union für das Mittelmeer zum Erfolg führen – Zehn Forderungen der deutschen Wirtschaft, Positionspapier Europapolitik/Internationale Märkte, Web: <http://www.bdionline.de/Dokumente/Europapolitik/mittelmeerunionPosition.pdf>, 20. Oktober 2008.